

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Heraultträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 70.

Donnerstag den 9. April.

1891.

Die Aussichten der Freisinnigen im 19. hannoverschen Wahlkreise.

Die aus dem 19. hannoverschen Wahlkreise einlaufenden Nachrichten gestalten sich von Tag zu Tag günstiger für die freisinnige Partei. Die sehr zahlreich besuchten Versammlungen, welche am vorigen Sonntag von dem Reichstagsabg. Theodor Barth in Lehe und Oerke münde abgehalten wurden, haben den glücklichsten Erfolg gehabt und der freisinnigen Organisation einen lebhaften Impuls gegeben. Insbesondere scheint es dem freisinnigen Parteiführer gelungen zu sein, einen Keil in die nationalliberale Partei zu treiben. Seine eingehende Kritik der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik ist auf diejenigen Nationalliberalen, die mit dem Verstande Politik treiben, nicht ohne tiefe Wirkung geblieben; es unterliegt deshalb auch gar keinem Zweifel, daß aus den Reihen der Nationalliberalen in den Wählerkreisen dem freisinnigen Kandidaten schon im ersten Wahlgange manche Stimme zufallen wird. Die Aussichten der Sozialdemokraten werden sehr überschätzt. Trotzdem sie ebenso wie die weilsche Partei rühmig sind und den Mund recht voll nehmen, ist die agitatorische Begeisterung, wie sie unter dem Druck des Sozialistengesetzes bestand, wesentlich schwächer geworden. Die Regierungsbehörden stehen dem Wahlkampf so neutral gegenüber, wie es sich nur wünschen läßt. Die Wahl wird eine völlig freie sein. So weit sich aus dem bisherigen Verlauf der Dinge ein Schluß auf das Resultat ziehen läßt, wird wahrscheinlich der freisinnige Kandidat, möglicher Weise auch der sozialdemokratische mit dem Fürsten Bismarck zur Stichwahl kommen. Doch ist auch nicht ausgeschlossen, daß Fürst Bismarck schon in der Hauptwahl ganz ausfällt. Jedenfalls ist das wahrscheinlicher, als daß er gleich in der Hauptwahl durchbringt. Die günstigste Chance für den Fürsten Bismarck wäre eine Stichwahl mit dem Sozialdemokraten, weil dann — wenn auch keine Freisinnigen — doch manche Nationalliberale, die in der Hauptwahl sich der Stimme enthalten oder für den Freisinnigen stimmen, für Bismarck gegen einen Sozialdemokraten eintreten würden.

Politische Uebersicht.

Ueber den Dreibund hat bekanntlich der italienische Ministerpräsident Rubini vor kurzem Erklärungen abgegeben, wonach er den Dreibund nur als Defensivallianz betrachtet. Hierüber sollte sich nach Mittheilung verschiedener Blätter Herr v. Caprivi beschwert haben. Herr v. Caprivi, so heißt es, hätte durch den Vorkämpfer erklären lassen, daß solche Aeusserungen nur eine Schwächung des Dreibundes bewirken könnten, während es Aufgabe der Mitglieder desselben sei, denselben zu stärken. Die „N. A. Z.“ erklärt nunmehr offiziell alle diese Angaben für aus der Luft gegriffen.

Zu den Parteienverschiebungen in Oesterreich meldet die Wiener „Deutsche Zeitung“, die deutsch-nationale Partei Steinwenders habe zur Kenntniß des Grafen Taaffe gebracht, sie werde gegen die Regierung eine veränderte Haltung beobachten und die Bewilligung des Budgets nicht mehr verlagern, auch den Dispositionsfonds nur mit der ausdrücklichen Motivierung verweigern, daß ein solcher Fonds überhaupt nicht gerechtfertigt sei. Auch bezüglich der Adressdebatte habe die Partei Zusicherungen ertheilt, welche die Regierung mit Befriedigung zur Kenntniß genommen habe.

Für Anerkennung der republikanischen Regierungslager in Frankreich hat sich Kardinal Lavergne am Montag abermals ausgesprochen anlässlich der Einweihung des ersten Hauses der benannten Brüder der Sahara“ in Biskra in Alger. Kardinal Lavergne erinnerte an den Zweck der Einrichtung, die dazu dienen solle, den Brüdern den Geist der Brüsseler Konferenz, deren einziger Auftrag es wäre, die Sklaverei abzuschaffen, ohne an

Eroberung oder Hoffnung zu denken, einzuschließen. Er hoffe hierbei auf die Hilfe Frankreichs und des Papstes. Der Kardinal sprach alldann Wünsche zu Gunsten der Union der Katholiken und der Franzosen auf konstitutionellem Boden aus, als das einzige Mittel, um Frankreich die Herrschaft der Gerechtigkeit und der wahren Freiheit zu sichern. Zudem er so spreche, sei er nur das Echo der Lehre des Papstes. Eine neue Verschönerung gegen das Leben des russischen Kaisers ist nach dem „Daily Telegraph“ von der Petersburger Polizei entdeckt worden.

Zu dem Attentat in Sofia läßt sich nunmehr auch eine Petersburger Zuschrift der offiziellen Wiener „Politischen Correspondenz“ vernehmen. Dieselbe versichert, daß die russische Regierung nicht daran denke, die bulgarische Frage wegen des Attentats auf Veltshov auf die diplomatische Tagesordnung zu setzen. Das Interesse Rußlands an einer baldigen definitiven Lösung der bulgarischen Frage sei keineswegs so groß, um neuerdings die Gefahren einer internationalen Verwicklung heraufzubeschwören. Ebenso unbedeutend sei die Person, daß Rußland anlässlich des heute eintreffenden Termins für die Bestellung eines bulgarischen Fürsten zum Generalgouverneur von Strumelien diplomatische Schritte unternehmen werde. Rußland werde sich darauf beschränken, allem, was mit der Regierung des Prinzen Ferdinand zusammenhängt, ihre Anerkennung zu verweigern. — Diese Versicherungen klingen zwar sehr beruhigend, aber es fragt sich inwiefern dieselben der Ausfluß der Erkenntniß sind, daß der Versuch, die bulgarische Frage aufs Neue aufzurollen, gegenwärtig wenig Gegenliebe bei den anderen Mächten finden würde. — Inzwischen wollen Wiener Meldungen wissen, daß eine Spur der Attentäter entdeckt sei. Dieselben sollen aus Rußland durch Serbien nach Sofia gelangt sein, auf demselben Wege soll es ihnen gelungen sein, zurückzukehren. D. unter den in Sofia Verhafteten sich ein Mitschuldiger befinde, sei noch nicht festgestellt. — Die serbische Regierung ließ nach derselben Dulle der bulgarischen bekannt geben, es seien keinerlei Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß sich auf serbischem Gebiete Verschwörer gegen Bulgarien aufstellten. Dessen ungeachtet hat der serbische Minister des Innern ein strenges Circular, betr. die zahlreichen in Serbien weilenden Emigranten, erlassen. Darnach ist denselben bei Strafe sofortiger Ausweisung nicht mehr gestattet, in den Grenzdistricten zu wohnen, sondern dieselben dürfen lediglich sich in Belgrad aufhalten und müssen sich verpflichten, von jeder politischen Action auf serbischem Gebiet sich fernzuhalten.

Zu dem amerikanischen-italienischen Zwischenfall in New Orleans wird neuerdings aus New York telegraphirt, Blaine werde bei dem Notenwechsel zwischen der Union und Italien eine im Jahre 1888 stattgehabte Angelegenheit verweihen. In diesem Jahre waren zwei amerikanische Zahlmeister von drei Italienern ermorde worden. Den einen davon hatte man ergriffen und gehängt, die beiden anderen waren nach Italien entkommen. Italien hatte damals die verlangte Auslieferung dieser beiden Mörder verweigert. Weiteren Meldungen aus New York zufolge sind 16 Italiener, die in New York landen wollten, dieser Tage auf Grund des Einwanderergesetzes daran gehindert und nach Italien zurückgeschickt worden.

Aus Chile sind in Vordruck 112 Gesetze eingetroffen: dieselben sind von dem Ministerium entsandt, um zwei für Rechnung der chilenische Regierung in Toulon erbaute Schiffe in Besitz zu nehmen. Zu dem Aufstande der Eingeborenen in Indien meldet ein in London eingegangenes offizielles Telegramm, es seien bei dem Angriff des Stammes der Miranajai auf die englischen Bothen von einem Regiment Eingeborener 9 Mann getödtet und 4 verwundet worden. Wie verlautet, seien noch mehrere andere Stämme im Aufstand begriffen.

Deutschland.

Berlin, 8. April. Der Kaiser wird heute Nachmittag 1/2 Uhr Kiel wieder verlassen und mittelst Sonderzuges etwa um 6 Uhr abends in Berlin eintreffen. — Die Kaiserin begab sich Montag Nachmittag zu Wagen nach dem Cultusministerium und verweilte daselbst längere Zeit in dem unter dem Schutze Ihrer Majestät eingerichteten Bazar, welcher den nothleidenden Handwebern Schlesiens einen gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse erschließen und zugleich den Hausindustrie Erzeugnissen der Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins einen erweiterten Markt verschaffen soll. Später wohnte die Kaiserin einer Delegirtenversammlung des Vaterländischen Frauenvereins in der Kriegsacademie bei. Gestern Vormittag 11 Uhr fand im Saale der Singacademie eine Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt, welcher die Kaiserin von Anfang bis zum Schluß bewohnte. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, ertheilte Ihre Maj. Audienzen und empfing mehrere Besuche.

— (Der Besuch des Jaren in Berlin) wird nach einer Berliner Meldung des „Hamb. Correspondenz“ nach Gerüchten „in höheren Kreisen“ im August erwartet.

— (Dementi.) Die „Post“ kann in Bezug auf die Gerüchte wegen Erschütterung der Stellung des Staatssecretärs Admirals Hollman so viel feststellen, daß der Genannte seinen Abschied nicht eingereicht hat und allem Anschein auch garnicht daran denkt, das zu thun.

— (Die Gerüchte über eine beunruhigende Eskalation der auswärtigen Lage) entstehen nach der Auffassung unterrichteter Kreise jeder thätlichen Unterlage.

— (Handelsvertrag mit Belgien.) Der „Reichsanzeiger“ hat kürzlich mitgeteilt, daß Belgien zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland bereit sei. Wie jetzt aus Brüssel gemeldet wird, sollten schon im Laufe dieser Woche die belgischen Bevollmächtigten zu diesem Zwecke hier eintreffen.

— (Von Fürsten Bismarck.) Etwas voreilig erklärte nationalliberale Blätter die Wahl des Fürsten Bismarck für gesichert. Nach der „Nationalliberalen Correspondenz“ hat Fürst Bismarck Wästen gegenüber bei der Geburtsdagfeier in Friedrichsruh seine Geneigtheit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen, doch würde er voraussichtlich nur bei besonderen Gelegenheiten, z. B. bei der Verhandlung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, im Reichstage anwesend zu sein vermögen.

— (Zur Befestigung Helgolands) schreibt der „Hamb. Correspondenz“, es dürften bei der Wichtigkeit der Frage, inwiefern die Insel für die Sicherung der Jade, Weser und Emsmündungen und des Reichsflieghafens Wilhelmshaven dienbar gemacht werden könne, noch längere Zeit in Anspruch nehmende eingehende Erwägungen stattfinden. Auch bezüglich der Dauerhaftigkeit des Festgrundes der Insel würden voraussichtlich an Ort und Stelle nach Eintritt der günstigeren Jahreszeit aus neue sorgfältige Untersuchungen vorgenommen werden, so daß endgiltige Entschlüsse über die Verwertung der Insel vielleicht erst nach Jahresfrist möglich sein würden. Jedenfalls halte man gegenwärtig an maßgebender Stelle noch an der f. Z. in der Begründung der Reichstagsvorlage über Helgoland gemachten Ankündigung fest, daß zum Schutz der Insel gegen einen feindlichen Handreich Maßnahmen zu treffen seien, welche mit der Anlage einer Batterie nicht beendigt sein werden. Selbst wenn auf die Anlage eines eigentlichen Flieghafens auf Helgoland verzichtet werden sollte, so würde doch die Verwertung der Insel für den Kriegsoberwachen und Kriegssignalfest schon allein umfassendere Vorkehrungen bedingen, als vorläufig in Aussicht genommen worden sind.

— Reform des höheren Schulwesens.) Der „Siebener-Ausschuss“, zur Vorbereitung der Reform des höheren Schulwesens wird am 14. d. seine Beratungen unter dem Vorsitz des Geh. Ober-Regierungs-Raths Dr. Hinpeter wieder aufnehmen. Wie die „Kreuzzeitung“ meldet, werden sich die Verhandlungen hauptsächlich auf die Abgrenzung der Lehrpläne erstrecken.

— (Zum Schulgesetzentwurf.) Nach dem Vorgange der „Kreuzzt.“ schreibt heute auch die „Post“ bezüglich des Götter'schen Schulgesetzentwurfs: Es empfiehlt sich daher sicher, bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit den Verzicht auf die Weiterberatung der Vorlage für die laufende Session auszusprechen, damit aber zugleich die bestimmte Erklärung zu verbinden, daß in der nächsten Session eine neue Vorlage auf den gleichen grundsätzlichen Unterlagen und unter Aushilfenahme der Ergebnisse der Commissionsberatung vorgelegt werden solle.

— (Vertrautes Kreisblatt.) Wie der Freif. Ztg. aus Offen mitgeteilt wird, ist der „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ der amtliche Charakter als Kreisblatt entzogen worden, weil es wiederholt, um seine Auftraggeber, die Gruben-Directoren, zu vertreten, einzelne Minister angegriffen hat.

— (Die Verbrüderung der Antisemiten) Deutsch-sozialer und christlich-sozialer Richtung kommt in einem soden erlassenen gemeinsamen Aufrufe zur Errichtung eines Denkmals für Hoffmann von Fallersleben zum Ausdruck. Der Dichter wird zu einem Gedenkgenossen gestempelt; sein herrliches Lied „Deutschland über Alles“ sei seit mehr als einem Jahrzehnt zum Bundes- und Kampflied des neu erwachten deutschen Idealismus (!) im Streite gegen den vaterlandlosen Mammonismus und seine Soldner-Schaaren geworden.“ Ueber den Ort, wo der, einfache, aber würdige Gedenkstein errichtet werden soll, sind die Herren noch nicht einig. Derselbe soll entweder auf dem sogenannten Kupffhäuser, in dessen Klüften der Traum deutscher Einheit durch Jahrhunderte schlief oder auf dem waldumrauschten Eiland (Helgoland), wo der Dichter vor 50 Jahren die Erfüllung seines Traumes vorausahnte, seinen Platz finden. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören u. a. Liebermann v. Sonnenburg, Theodor Frisch, Dr. König, Dr. Paul Förster und — Hoptreger a. D. Stöcker. Die Vöckel'sche Richtung ist nicht vertreten. Ebenfalls nicht sind unter dem Namen eines Fratellengenossen Stöcker's unter dem Aufrufe. — Gleichzeitig mit dem Aufrufe der Antisemiten erscheint noch ein zweiter Aufruf zur Errichtung eines Denkmals auf Helgoland für Hoffmann v. Fallersleben, ausgehend von einem Comitee, an dessen Spitze der Herzog von Ratibor steht. Helgoland ist gewählt, weil hier am 26. Aug. 1845 das Lied „Deutschland über Alles“ gedichtet worden ist. Der Beschluß zu diesem Denkmale wurde am 22. Sept. 1890 in Cassel in einer von den Herren H. Hupfeld und George Kneiss berufenen Versammlung gefaßt. Das Denkmal soll in einer großen Heronade auf Granitblöcken bestehen. Mit einem hervorragenden Künstler sind Verhandlungen eingeleitet; es ist Aussicht, daß, wenn die Sammlungen baldig einen günstigen Erfolg zeigen, bis zum Geburtstage des Nationalliedes die Entwürfe fertig sein können. Die Kosten sind auf ungefähr 1000 Mark veranschlagt. Zu den Unterzeichnern gehören auch A. Träger-Nordhausen, Julius Stettenheim-Berlin. Unterzeichner sind an den Geheimen Regierungsrath Robert Fischer-Oera (Neuß) zu richten.

— (Zur 25. Generalversammlung des Vaterländischen Frauenvereins), welche am Dienstag Vormittag in Gegenwart der Kaiserin in der Singakademie in Berlin abgehalten wurde, waren Abgelandte aus allen Theilen des Reiches erschienen. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Nach dem Jahresbericht sind zu den 716 Vereinen zur Zeit der letzten Berichtserstattung 35 neue hinzugezogen. Die Gesamtzahl der Mitglieder ist von 95509 auf 99335 gestiegen. Für den auf der letzten Generalversammlung angeregten „Frauentag“, in dem der Berechnung für die Kaiserin Augusta ein bleibender Ausdruck geschaffen werden soll, sind bis jetzt 45000 Mk. aus Gaben von 10 Pf. bis zum festgesetzten Höchsthöhe von 10 Mk. eingegangen. Der Frauentag ist der Kaiserin beifolgende Ueberweisung an die aus Anlaß der goldenen Hochzeit entstandene Stiftung „Frauentag“ zur Verfügung gestellt. Für die Notleidenden in den Ueberschwemmungsgebieten der Elbe und Saale sind 25000 Mk. gespendet worden. Ebenso hat der Verein in Bosen gewirkt. Eine besondere Fürsorge hat der Verein den schlechtesten Weibern gewidmet. 17 Vereine haben hier mitgewirkt und durch Errichtung von Suppentischen und Ermöglichung des Absatzes der Produkte die herrschende Nothlage zu lindern gesucht. Zur Verfügung standen 9500 Mark. Die Einnahmen aller Zweige und Provinzialvereine betragen einschließlich Bestand aus

dem Vorjahr 3 743 708 Mk., die Ausgaben 1 663 525 Mark, es blieb somit ein Bestand von 2 380 182 Mk. oder 220 570 Mk. mehr als im Vorjahre. Außerdem besaßen die Vereine Grundstücke, Inventar und dergl. im Werthe von 2 380 182 Mk. oder 507 915 Mk. mehr als im Vorjahre. Der Hauptverein hatte eine Einnahme von 321 618 Mk. Das Vermögen des Hauptvereins beläuft sich auf 583 845 Mk.

— (Colonialpolitik.) Die englischen Blättern zugegangene Meldung, der Reichskanzler habe Lord Salisbury benachrichtigt, Deutschland werde das südafrikanische Schutzegebiet aufgeben, wenn die neugebildete deutsch-englische Gesellschaft nicht zu Stande komme, erklärt der „Reichsanzeiger“ als „vom Anfang bis Ende aus der Luft gegriffen.“ — Das einzige Thatsächliche scheint zu sein, daß es mit der Beschaffung des Gesellschaftskapitals von 20 Mill. Mk. hapert. — Der englische Marine-offizier Cameron ist in Berlin eingetroffen, um ein gutes Einvernehmen zwischen deutschen Interessenten und der neugegründeten Datanggesellschaft herbeizuführen. — Mit der Kriegsbreite Wisman ist am Montag der Dampfer „Sanibar“ von Ostafrika in Hamburg eingetroffen. Marine-Offiziere nahmen dieselbe in Empfang, um sie nach Kiel überzuführen. Fünf erbeutete Kanonen befanden sich darunter.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 7. April 1891.) Die 2. Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung (Arbeiter-Schutzgesetz) wird fortgesetzt. — Vorher erklärt Abg. v. Hülf (nl.), daß die bekannten Versicherungen des Kriegsmünsters über die Lehrer in Ostpreußen anlässlich der Erörterungen über das Kapitel Solatenmishandlungen von den Lehrern dortselbst tief beklagt und als unzureichend zurückgewiesen werden. Sie würden sich gegen den ihnen gemachten Vorwurf des Mangels an Patriotismus in einer unmittelbaren an S. W. den Kaiser wenden. — § 120 a des Arbeiter-Schutzgesetzes enthält Vorschriften über die Anlage und Betrieb von Schulen von Gesundheit und Leben. — Abg. Warm (So) führt Bedenken darüber, daß die Vorschriften zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter vielfach gar nicht befolgt werden, und zwar nicht nur in Privat-, sondern selbst in Staatsbetriebe, wie z. B. in Gefängnissen. Von dem vorliegenden Entwurfe sei nicht viel zu erwarten, weil derselbe schließlich die Hauptfrage dem Ermessen des Bundesrathes überlasse; daß somit nichts erzielt wird, hat man im Laufe der Jahre zur Genüge wahrgenommen.

— Abg. Müller (nl.): Man möge doch die Wirkung dieses Gesetzes erst abwarten. Uebelstände seien vorhanden, aber es sei auch der gute Wille vorhanden, dieselben abzuheben. — Handelsminister v. Bötticher (Fr) antwortet, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowohl zu schützen, wie es die Natur des Betriebs gestalte. Darin liege, daß etwas Unmögliches nicht gefordert werde. — Abg. Dr. Hirsch (fr.) konstatirt, daß die Vorlage gegenüber dem Bestehenden ganz erhebliche Verbesserungen enthalte. Wenn die verbündeten Regierungen nicht hielten, was sie versprochen, so würde es Zeit sein, sie an ihre Versprechungen zu erinnern. — Abgeordneter Seine (So): So lange die Arbeiter-Schutzbestimmungen dem Ermessen der Einzelregierungen und der Polizei überlassen seien, könnten die Arbeiter kein Vertrauen in ihre Wirkung setzen. — Abg. Bebel (So) verweist auf den allerdings an anderer Stelle gestellten Antrag auf Einführung von Arbeiterparlamenten. — Bundescommissar Weg. Rath Lohmann b. befreit dies unter Hinweis auf die Statistik, welche ergebe, daß die wenigsten Unfälle durch ausstehende Schutzvorschriften hätten verhindert werden können. — Abg. Wirthsch (Rp.): Wenn Bergbau können die meisten Unfälle vor, aber mit Erfolg könne man auch sagen, daß nirgends mit solchem Eifer daran gearbeitet werde, Unfälle auszuheben, als auf dem Gebiete des Bergbaus. — § 120 c wird einstimmig angenommen. § 120 d enthält Vorschriften beifolgende Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Ansehens in den gewerblichen Betrieben, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. § 120 e, besondere Berücksichtigung der jugendlichen Arbeiter hinsichtlich der vorgehenden Vorschriften, wird ebenfalls angenommen. § 120 d giebt der Polizei die Befugniß zur Anwendung von Maßnahmen, die zur Durchführung in den vorstehenden Paragraphen erforderlich sind. § 120 d wird angenommen. § 120 e betrifft den Erlaß von Vorschriften zum Schutze der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeiter durch den Bundesrath bezw. durch die Bundescentralbehörden. Anordnungen der Regierungen sollen den Berufsvereinigungen, von deren Erlaß zur gerichtlichen Aufhebung unterbreitet werden. — Abg. Frhr. v. Schulze (Rp.) tritt für Aufrechterhaltung dieser Bestimmungen ein, während Abg. Dr. Gutfeld (fr) und Singer (So) für Streichung eintreten. — Abg. Gutfeld und Sen. beantragen ferner, daß der Bundesrath die von ihm erlassenen Vorschriften wieder außer Kraft setzen soll. § 120 e wird angenommen. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr: Fortsetzung der Beratung.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 7. April 1891.) Das Abgeordnetenhaus hielt am Freitag seine erste Plenarsitzung nach den Osterferien. Es wurden lediglich Petitionen von meist lokaler Bedeutung erledigt. Donnerstag: Landgemeindeordnung.

— Das Abgeordnetenhaus, welches am Dienstag eine Anzahl Petitionsberichte bei fast leeren Bänken erledigte, wird erst Donnerstag die zweite Beratung der Landgemeindeordnung beginnen, da die konservativen Parteien den Mittwoch zur Verständigung über die Commissionsbeschlüsse in Anspruch nehmen. Nach den Auslassungen des Herrn v. Rauchhaupt in der „Kreuzzt.“ darf man auf das Ergebnis gespannt sein. Die liberalen Parteien werden sich mit ihren Anträgen möglichst beschränken, um die Durchberatung der Vorlage in dieser Session

nicht zu vereiteln. Für einzelne Anträge, z. B. für die geheime Wahl der Gemeindevertreter wird auch das Centrum eintreten.

— Auf Antrag des Provinziallandtags der Provinz Schleswig-Holstein ist dem Herrenhaute der Entwurf eines Gesetzes über die Heranziehung der Fabriken, Bergwerke, Steinbrüche, Ziegeleien u. v. Präcipualleistungen für den Weg- und Wasserbau zugegangen. Der Antrag auf Ueberbelastung der Fabriken u. s. f. steht, entgegen dem Antrage des Provinziallandtags, nur den Gemeinden zu. Im Herzogthum Rauenburg findet das Gesetz keine Anwendung, weil § 24 der Wegordnung vom 7. Febr. 1876 bereits entsprechende Bestimmungen enthält.

Provinz und Umgegend.

R. Halle a/S., 7. April. Das Verhalten einer Anzahl Stadtverordneten bei Beratung des Magistratsantrages, dem Verkaufsschuss für den diesjährigen, in unserer Stadt stattfindenden deutschen Kriegertag eine Beihilfe von 1000 Mk. zu gewähren, hat nicht nur in den Kreisen der Kriegervereine, sondern auch in der Bürgerschaft eine Verurtheilung erfahren. Jetzt haben sich nun eine ganze Anzahl angesehenen Bürger unserer Stadt zu einem Comitee vereinigt, das die Bürger unserer Stadt zur Ergabe von Geldbeiträgen auffordert. Der Ertrag dieser Sammlung soll dem gedachten Verkaufsschuss mit der Bestimmung übergeben werden, für einen würdigen Empfang und Aufnahme der von auswärts kommenden Abgeordneten in der alten Stadt Sorge zu tragen. Es sind bereits namhafte Beiträge eingegangen. Der Kostenantrag für die Präzedenzen beim deutschen Kriegertag beläuft sich auf ca. 7000 Mk.

— n. Halle, 7. April. Mit dem 1. April d. J. schloß das erste Geschäftsjahr eines neu errichteten Zweiges des 1879 gegründeten landwirthschaftlichen Beamten-Vereins zu Halle a. S., nämlich die „Unterrichtsertheilung in der landwirthschaftlichen Buchführung“. Der Erfolg des verfloffenen Jahres ist ein vorzüglicher. Die So diegenheit des Unterrichts, Klarheit und Kürze in der Einrichtung der Bücher, wird durch uns vorliegende Zeugnisse von Autoritäten und Schülern lobend anerkannt und das Institut jedem jungen Mann zur Absolvierung eines Cursums empfohlen. Der Unterricht wird nicht in geschlossenen Cursums schablonenmäßig, sondern einzeln, dem Verstandnis des Betreffenden genau angepaßt, ertheilt, es kann daher auch der Eintritt mit jedem Tage erfolgen. Der Verein befragt seit 12 Jahren landwirthschaftlichen Beamten und Landwirthschaftlerinnen Stellung und, da die Nachfrage nach Beamten u., welche die Buchführung verstehen, immer größer wurde, beschloß die Generalversammlung, die Lehranstalt zu errichten. Ein Cursums umfaßt 3—4 Wochen, das Honorar ist gering bemessen, worüber die Direction Prospekte gratis und franco versendet. Nach Beendigung des Cursums wird den Schülern auf Wunsch Stellung nachgelesen, auch diejenigen Beamten, welche mit der Buchführung bereits vertraut sind, und sonst gute Zeugnisse besitzen, können stets Stellung durch den Verein erhalten, ohne daß dieselben verpflichtet sind, Mitglied des Vereins zu werden.

— s. Eisdorf, 6. April. Die erste Gläubigerversammlung im Concurs der Bankfirma Redneck & Co. war von mehr als 100 Gläubigern bezw. Vertretern besucht. Der Concursverwalter Herr Reichsmann Dr. Michaelis entrollte in seinem Bericht über die Ursachen und die gegenwärtige Lage des Concurses ein überaus düsteres Bild geschäftlicher Corruption, das im schroffen Gegensatz steht zu dem ehemaligen Klang des Namens. Die Bank-Gesellschaft allein mit 400000 Mk. an den Passiven der Firma theilhaftig, alle Klassen der Bevölkerung sind betroffen, zumest aber Gewerbetreibende. Die Passiva erweisen fast eine Million, denen nominell 650000 Mark Aktien gegenüberstehen, die aber derzeit mit zweifelhaften Werthen unterwerth sind, daß die Masse im besten Fall nicht mehr als 30 Proz. ergeben dürfte. Die Hauptursache des Concurses ist in großen Verlusten sowohl im Bank- wie im Waaren-Geschäft zu suchen. Die Firma hat bereits seit 1886 mit Unübersichtlichen, die sich in verschiedenen Jahren auf mehr als 100000 Mark belaufen haben, gearbeitet. In welcher nebelhafte Regionen der „Speculationsgeist“ der Geschäftsinhaber geführt hat, zeigt u. A. die Thatsache, daß zu den Actien ein von dem Anstiftenden Denhardt für eine Schulforderung der Firma ausgegebenes Stück Wituland gehört.

Vermischtes.

* (Brüde über den Kanal.) Auf Grund neuerer Messungen im Vermeelanal soll die geplante Brücke jetzt nicht mehr von Cap Gris Nez, sondern von Cap Blanc Nez ausgebaut und die englische Röhre in South Foreland errichten. Die Costen, auf welchen die Röhre ruhen, übersteigen nicht 50 m und betragen aus harten Kreidestein. Die neue Richtung ist um 5 km kürzer, als die zuerst geplante und völlig gradlinig.

Von ebenso vortrefflicher wie nachhaltiger Wirkung bei katarrhalschen Erkrankungen des Rachens, Hasen und Kehlkopfes, bei Heiserkeit, Husten und Verschleimung.

Zu haben in allen Apotheken und Mineralwasser-Handlungen à Mk. 1.— pro Schachtel.

Homburger Pastillen.

Hergestellt aus den natürl. Salzen des weltberühmten Elisabeth-Brunnens in Homburg.

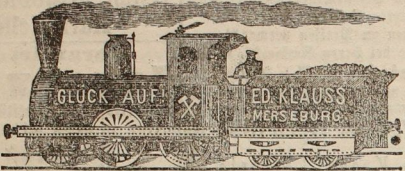
Bewährtes Mittel gegen alle Verdauungsstörungen, Magen- und Darm-Katarrhe, Hämorrhoidalzustände und Verstopfung. (H. 66300.) Brunnen-Verwaltung Homburg v. d. Höhe.

Ed. Klauss,



Merseburg,

empfiehlt



Directer Versandt waggonweise zu billigsten Werkpreisen, sowie Lieferung in Fuhrten und kleinen Posten frei Haus.

Lebensversicherungs- & Ersparniß-Bank

in Stuttgart.

— Gegründet 1854 und unter Staatsaufsicht stehend. —

Versicherungsstand derzeit		rund 330 Millionen Mark,
Bankfonds Ende 1890		85 "
darunter Extrareserve		15 1/2 "
Seit Bestehen der Bank wurde an	Versicherungssummen	52 "
	Dividenden	27 1/2 "

Im Jahre 1891 kommen ca. 2 1/2 Millionen Mark als Dividende zur Verteilung an die Versicherten und zwar nach Plan A 40% der einfachen Todesfallprämie, nach Plan B (steigende Dividende) 3% der Gesamtprämiensumme

Niedere Tarifprämien. — Hohe Dividenden.

Aeusserst liberale Versicherungsbedingungen.
Anträge nehmen entgegen die Vertreter: in Merseburg: Fried. M. Kuntz, Auctions-Commissar, in Bittschersdorf: Lehrer Müller.

Gesung-Verein.

Freitag 7 und 7 1/2 Uhr im Tivoli
Uebung: Gesang von Hädel. Um zahl-
reichen Besuch bittet Schumann.

Klee's Restaurant,

Friedrichs- und Annenstraßen-Ecke.
Sonntags **Schlachtfest**,
früh Wellfleisch, abends Bret. u. feische Wurf.
Sonntags Abend und Comitag
Wurst-Auskegeln
auf dem Amerikanischen Billard.
C. Berger'sches Lagerbier à Gl. 10 Pf.
Deni ladet ergeht ein d. S.

Verein für Gesundheitspflege.

Versammlung und Vortrag
Freitag den 19. April, abends 8 Uhr, im
goldenen Saal. Der Vorstand.

Ein junger Mensch mit guter Handschrift
sucht Stellung als Schreiber oder Compositist.
Gebilligte Offerten unter C. 4 in der
Erped. d. Bl. niederzuliegen.

Ein anständiger junger Mann

im Alter von ungefähr 16 Jahren wird als
Aufwartung für den größten Theil des Tages
gesucht. Derselben mit Lohnansprüchen in der
Erped. d. Bl. unter C. B. niederzuliegen.

Einem nicht zu jungen

Tagschneider
sucht
Franz Hildebrandt.

Ein tüchtiger Schuhmacher
findet sofort dauernd Arbeit bei
H. Liebe, Schuhmachermeister.

Ein Lehrling

kann sofort platziert werden bei
Otto Schultze & Sohn,
Buchbinderei.

Einen Lehrling

sucht unter günstigen Bedingungen
Schunke, Badermeister,
Galle a/S., Schwarzgasse 9 b.

Zwei Schuhmachergehülfen

finden sofort dauernde und lohnende Beschäfti-
gung bei **J. August in Neudamm,**
Lebzigstr. 10.

Geübte Mäntelnäherinnen

zu dauernder Beschäftigung ge-
sucht von **J. Schönlicht.**

Ein gewandtes Hausmädchen

mit guten Zeugnissen sucht zum 1. Mai c.
den Director **Brackmann,**
Magazin / Herrenberg.

Wegen Erkrankung des jetzigen Wagens
suche ich für sofort ein in Küche und Haus
erfahrenes Mädchen.
Franz Reichmannswald **Büge, Markt 11.**

Verloren wurde am 2. Dinstag eine
Schiefhäute vom 197. Inf.-Regt. im Galt-
hote zu Büdorf. Gegen Belohnung abzugeben
im **Gaßhof zu Büdorf.**
Hierzu eine Bellage.

Theater in Merseburg.

(Reichskrone.)
Freitag den 10. April 1891

grosse Extra-Vorstellung

Nur einmaliges Gastspiel
des Herrn Ferdinand Rinald
vom Stadttheater in Halle.

Unter Mitwirkung des Trompeter-Corps
des Thüring. Infanterie-Regiments Nr. 12
Er muß auf's Land.
Originalaufspiel in 3 Akten von W. Friedrich
P. T.

Herr Ferdinand Rinald ist einer der besten
renomirten Schauspielers und überall der ge-
feierteste Gast des Publikums. Nur mit
großen Opfern habe ich dieses Gastspiel er-
möglichen können und habe deshalb zu zahl-
reichem Besuch hierdurch ganz ergeben ein-
hochachtungsvoll die Direction.

Alles Uebrige wie bekannt!
In Vorbereitung:
Der Trompeter von Säckingen.

Quartal

der Schmiede-Znangung zu Merseburg

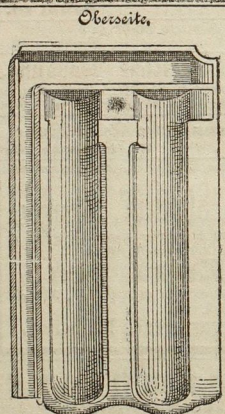
Montag den 13. April 1891,
vormittags 10 Uhr.

im Vereinslokal „Zur guten Kugel“ hier.
Die Gefellenprüfung findet Sonntag
den 11. April, von mittags 1 Uhr ab, bei
dem Obermeister Engel statt und haben sich
die zu Prüfenden pünktlich einzufinden.
Die Mitglieder werden um zahlreiches Er-
scheinen gebeten.

Der Vorstand
H. d. Engel, Obermeister.

Subold's Restauration

Freitag Schlachtfest.



Dachfalzziegel,

neueste u. beste Con-
struction, wetterfestes
Material, schwarz glasiert mit
Steinart, absolut
schnee- u. regen-
dicht, prämiert mit der
bronzenen Medaille;

Waschinen-Dachsteine

in vorzüglicher Qua-
lität und Form, eben-
falls prämiert;

Brunnensteine;

Cementplatten in

allen Farben und Größen, eigenes Fabrikat,
habe stets auf Lager und empfehle billigst.
Für Wetterbeständigkeit meiner Fabricate, sowie
für absolute Schnee- und Regendichtigkeit der von mir
gebedeten Dächer übernehme langjährige Garantie.

E. A. Wehmann,

Dampfziegelei,
Spergau bei Corbetha.

Wer am Gedeihen seiner Kinder
Freude erleben will, reiche
Lime's Nahrung.

Badete à 80 u. 150 Pf bei F. Curtze
und Oscar Leberl.

Frischen Seedorf,
frische Kieler Sprotten,
Rügenwalder Gänsefett

empfiehlt
C. L. Zimmermann.

besteht sich bei Herrn Ed. Klauss in Merseburg

Volkswirtschaftliches.

In voriger Woche tagte in Paris ein internationaler Bergarbeitercongrès, der von belgischen, deutschen, englischen und französischen Delegirten besetzt war. Derselbe hat am Sonnabend seine Verhandlungen geschlossen, ohne daß er zu einem praktischen Ergebnis gelangt ist. Mit der Veranstaltung eines allgemeinen Ausstandes der Bergarbeiter Englands, Frankreichs, Belgiens, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands ist es nicht geworden und ebenso wenig mit der Begründung eines allgemeinen internationalen Bergarbeiterbundes. Nur die Unterstützung der belgischen Arbeiter, die demnächst aus politischen und wirtschaftlichen Gründen in einen allgemeinen Streik eintreten wollen, ist beschlossen worden. Inzwischen war den Ausweg des großen Cigarrenarbeiterstreiks in Deutschland mit angesehen und die Klagen der deutschen Arbeiterführer über den Rückgang der Opferwilligkeit der Arbeiter gehört hat, der wird auch diesem Beschlusse nicht allzu hohe Bedeutung beimessen können. Wenn die belgischen Arbeiter nicht selbst über ausreichende Mittel verfügen, so werden sie sich von der internationalen Unterstützung sowie zu große Förderung ihrer Bestrebungen versprechen können. Denn auch in anderen Ländern ist die Zeit für Kämpfe dieser Art nicht günstiger als in Deutschland. Der Generalkongress sollte beschlossene werden, um für die Bergarbeiter überall die achtstündige Schicht zu erwirken. Die Resolution, welche dem Congresse zur Beschlußfassung unterbreitet war, lautete in ihrer ursprünglichen Fassung am Eingange: „Der internationale Bergmannscongrès... erachtet einen allgemeinen Ausstand der Grubenleute Englands, Frankreichs, Belgiens, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands für notwendig zur Erlangung des achtstündigen Arbeitstages.“ Und der Schluß war wie folgt gefaßt: „Der Congrés beauftragt das internationale Comité, die nötigen Maßregeln zu treffen, um binnen kurzer Frist den Universalstreik zum Ausbruch kommen zu lassen.“ Dieser Schlußsatz ist weggefallen und der Eingang dahin gemildert worden: „Der Congrés meint, zur Erreichung des Achtstündentages könnte ein allgemeiner Ausstand der Bergarbeiter... nötig werden.“ Der feurige Wein, der zuerst den Congresslern vorgesetzt worden war, ist also weinlich vernarrt worden. Als wirklich Streikbesatz bleibt in dem Beschlusse nur die Aufforderung an die Regierungen übrig, sich über eine internationale Regelung der Geseßgebung für die Grubenleute und die Einführung des Achtstündentags zu verständigen. Was die internationale Vereinigung betrifft, so ist wieder wie auf dem Tage von Jolimont einer Commission der Auftrag zur Ausarbeitung eines Entwurfs für einen solchen Bund erteilt worden, der auf dem nächsten Congresse zur Beratung gestellt werden soll. Es sind die praktischen Engländer, die auf diese Weise utopische Pläne bei Seite geschoben haben. Eine eigenthümliche Rolle haben die deutschen Vertreter auf dem Congresse gespielt. Bei dem Congrés, das im Cercle Démocratique dem Congresse zu Ehren veranstaltet war, hielt man es für passend, deutschfeindliche Anspielungen von solcher Deutlichkeit zu machen, daß die deutschen Delegirten sich veranlaßt sahen, den Saal zu verlassen. Das hielt einen deutschen Delegirten natürlich nicht ab, wenige Tage darauf in den überschwänglichen Phrasen die internationale Verbrüderung zu feiern!

(Aufhebung des Einfuhrverbots für amerikanische Fleischwaaren. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau verbreitet folgendes Telegramm aus New York: „Der Secretär der Landwirtschaft Russ hat auf eine an ihn ergangene Anfrage erwidert, die telegraphische Meldung, nach welcher Deutschland das betreffende Einfuhrverbot amerikanischer Schweine resp. amerikanischen Schweinefleischs erlassen Verbot zurückgenommen habe, sei offiziell noch nicht bestätigt, er wisse jedoch nicht, daß eine derartige Entscheidung bald getroffen werden dürfte.“ — In der Verbreitung einer solchen Nachricht durch das offiziöse Telegraphenbureau darf man wohl eine Brütigkeit der Anknüpfung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums erblicken, daß Deutschland das Einfuhrverbot zurücknehmen wird.

Provinz und Umgegend.

R. Halle a/S., 7. April. Der Bienenwirtschaftliche Hauptverein für die Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt hielt dieser Tage hier selbst unter Vorsitz des Herrn Lehrers Köstlich-Weisenfels seine Fünfjahres-Generalsversammlung ab. Zugegen waren 48 Abgeordnete, welche 32 Zweigvereine vertraten. Im verfloßenen Jahre ist ausgehoben zwei Vereinen Dilsdorf, neu eingetreten zwei Vereinen Aischleben. Der Jahresbericht wird gedruckt und den Zweigvereinen

zugefickt werden. Die gelegte Jahresrechnung zeigte eine Einnahme von 3060,08 Mk., eine Ausgabe von 2384,40 Mk., mithin einen Bestand von 675,68 Mk. Die Rechnung wurde nach erfolgter Prüfung entlastet. Dem Zweigverein Hettigenstadt wurde der Dank für die aufgewendete Mühe und Arbeit bei der vorjährigen bienenwirtschaftlichen Ausstellung vor selbst abgefaßt. Der Etat für Vereinsjahr 1891/92 wurde in Einnahme und Ausgabe gleich auf 2345 Mk. normirt. An staatlichen Zuschüssen erhält der Verein von Preußen 1200 Mk., von Anhalt 50 Mk. Beschlossen wurde, die nächste Generalversammlung, verbunden mit bienenwirtschaftlicher Ausstellung in Nordhausen abzuhalten. Zum Schluß wurde der Entwurf eines neuen Statuts durchberathen und festgestellt. — Nach der Versammlung fand ein gemeinsames Essen statt.

† Von einem Zuschauer wurde dieser Tage in Burgwerben eine Frau dermaßen durch einen Hieb mittelst der scharfen Hauer am Bein verwundet, daß letzteres über die Hälfte tief aufgespalzt wurde und die Aufnahme der Frau in das Krankenhaus zu Weisensfels erforderlich war.

† Der Buttstädter Ober-Schwarzmarkt hatte unter der Ungunst der Witterung recht schwer zu leiden. Der Viehantrieb und ebenso der Verkehr des Publikums war daher nur ein mäßiger. Arbeitssperrde waren zu hohen Preisen feil gefucht; ebenso bezahlte man für Kinder hohe Preise. Fette Schweine, die nur wenig vorhanden, kosteten 42—51 Mk., hingegen erzielte man für Störchweine, die reichlich vorhanden waren, trotzdem wieder 20—33 Mk.

† Wie von Thüringer Walde gemeldet wird, sind daselbst die Postschlitten seit Montag wieder außer Thätigkeit gesetzt.

† Am Dienstag v. W. fanden in Delitzsch und Bitterfeld sehr zahlreich besuchte Versammlungen statt, in welchen der Schriftführer des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“, Lic. C. Rabener, auf Einladung der dortigen Mitglieder über die antisemitische Bewegung sprach. Die Vorträge wurden mit großem Beifall aufgenommen. Leipziger Antisemiten, unter Führung von Theodor Kretsch, waren nach Delitzsch gekommen, um den Kampf aufzunehmen. Der Erfolg entsprach aber so wenig ihren Erwartungen, daß sie es vorgezogen, von der Versammlung in Bitterfeld ganz fern zu bleiben.

† Das neueste Regierungsblatt für Weimar veröffentlicht eine für die Lehrerkräfte des Großherzogthums erfreuliche Ministerialbesanntmachung in der Angelegenheit des Zuchtigungsrechtes der Lehrer. Da es nämlich häufig vorgekommen ist, daß in richterlichen Urtheilen dem Zuchtigungsrechte der Volksschullehrer enger Grenzen gezogen worden sind, als es der Auffassung und den Wünschen der Regierungen entspricht, und da ferner von der Fortdauer der jetzt bestehenden Unsicherheit über den gesetzlichen Umfang der Zuchtigungsgewalt der Lehrer eine Schädigung der Schulguth in den Volksschulen zu befürchten steht, so werden die Einschränkungen derselben aufgehoben, indem vorbehalten bleibt, den Lehrern über Maaß und Art der Ausübung des Zuchtigungsrechtes auf anderem geeigneten Wege, soweit möglich, Unterweisung zu kommen zu lassen.

† Erstulderweise ist der Schaden, den der Brand in der städtischen Gemäldebesammlungen zu Magdeburg angerichtet hat, weniger bedeutend, als es anfänglich erschien. Die Bilder der Stadt sind nach der S. Ztg. zum weitaus größten Theile georgen, verbrannt sind u. A. die beiden Braker'schen Bildnisse von Mollle und Bismarck, ein kleines Bild, ein Frauenkopf, sowie das dem königl. Museum in Berlin entlehnte Bildnis eines Dogen. Ferner sind fast sämtliche Bilder vernichtet, welche zu der Gemäldeausstellung gelangt waren, die in Kürze hier eröffnet werden sollte. Von der Kunstausstellung in Hannover waren die von dort kommenden Bilder noch nicht eingetroffen, der Schaden würde sonst weit größer gewesen sein. Die Ausstellung in Magdeburg, die gerade diesmal zum Kunstverein besonders umfang- und inhaltreich gestaltet werden sollte, muß nun für dies Jahr unterbleiben. Das Provinzialarchiv in den unteren, mit sehr starken Gewölben versehenen Räumen ist vollständig unversehrt geblieben. Auch der kleine Raum östlich des großen Saales, die sog. Kapelle, in der gelegentlich der Kunstausstellung kleinere Bildwerke, Statuen u. s. w. aufgestellt wurden, ist erhalten geblieben. Ueber die Ursachen der Entstehung des Feuers hat sich bis jetzt noch nichts feststellen lassen. Am Nachmittag sollen Arbeiter in den Räumen beschädigt gewesen sein, sonst sind dieselben unbewohnt. Einiges Gutes ist durch den Brand insoweit gestiftet, als dadurch die von der Bürgerschaft seit Langem angegriffene Freilegung des Domes der Ausführung etwas näher gerückt ist.

† In Linden bei Hannover fürzte am Dienstag

Nachmittag ein Neubau ein, wobei 2 Arbeiter unerblich verletzt, ein Dritter aber total verkrüppelt und wahrscheinlich getödtet wurde. Die übrigen 17 Arbeiter waren durch einen Zufall zur Zeit der Katastrophe vom Baue abwesend.

† Aus Iversgehofen bei Erfurt reiste am ersten Osterfesttag ein Ghemann mit der Frau eines anderen angehlich nach Berlin. Beide sind bis heute noch nicht zurückgekehrt. Sie haben 22 Kinder zurückgelassen.

† Aus Erfurt, 7. April, berichtet die S. Ztg.: Es steht nunmehr fest, daß Sr. Maj. der Kaiser, sowie Ihre Maj. die Kaiserin am 14. Sept. zu einem mehrtägigen Besuch in Erfurt eintreffen werden. Die Parade des 4. Armee Corps soll am 15. Sept. vor den Majestäten stattfinden. Als Paradegeleite ist die große Ebene bei dem weimarischen Drie Keesleben, 1/2 Stunde von hier, gewählt. Auch die Kriegervereine, soweit sie dem Deutschen Kriegerverbande angehören, werden dem Kaiser vorgestellt werden. Die Provinz gebent zu Ehren der Anwesenheit der Majestäten ein großes Festmahl zu geben. Gekoren traf der Herr Landesdirector Graf von Wisingerode aus Merseburg hier ein, um bezüglich der Wahl eines geeigneten Festsaales Bestimmung zu treffen. — Ein Baumfrevler, welcher an der Straße zwischen Erfurt und Urbich 22 junge Sauerlischbäume umbrach, ist in der Person des Colporteur's Wüter in Iversgehofen ermittelt worden. Aus Aerger darüber, daß er in Urbich keine Delrubilder absetzte, hatte er jenen Wubensreich verübt. Man erhebet hieraus, was für bössartige Subjecte Hautirgendebeschne erhalten und dann die Dörfer terrorisiren.

Localnachrichten.

Merseburg, den 9. April 1891.

** Auf der Reichsfrondbühne wird kommenden Freitag das 3aktige Lustspiel „Er muß auf's Land“ von W. Friedrich unter gefälliger Mitwirkung des Herrn Ferdinand Kinalb vom Stadttheater zu Halle in Scene gehen. Letzgenannter Künstler ist einer der besten Dombianen Deutschlands und bei seinen Gastspielen überall als solcher gefeiert worden. Da die Vorstellung außerdem noch durch die Theilnahme unseres Hufaren-Trompetercorps einen besonderen Reiz erhält, so sieht unserm Publikum mit gleichem weitreichender Sicherheit ein genußreicher Abend bevor, auf den wir auch an dieser Stelle noch besonders hinweisen.

** Alters- und Invaliditätsversicherung. Durch eine Anzahl Localblätter unserer Provinz ging in den letzten Tagen die Notiz, daß Dienftboten in der zweiten Lohnklasse verfrist werden müßten, weil der ortsübliche Tagelohn unter Hinzurechnung der freien Station bei der Feststellung des Jahresarbeitsverdienstes in Anrechnung käme. Diese Angabe ist in Bezug auf weibliche Dienftboten unrichtig. Nach den ausführlichen und unabweisprohen Darlegungen des Herrn Prof. Dr. Witte hier und den Veröffentlichungen unseres Magistrats kommt die freie Station der Dienftboten bei der Feststellung ihres Jahresarbeitsverdienstes nicht weiter in Betracht, es wird vielmehr nur der vom Herrn Regierungspräsidenten festgesetzte ortsübliche Tagelohn in Rechnung gezogen und dieser beträgt für erwachsene weibliche Personen in Merseburg und Umgegend 90 Pf., für 300 Arbeitstage im Jahre also 270 Mk. Mithin wird die auf 350 Mk. festgesetzte Grenze für die erste Lohnklasse noch nicht erreicht und gehören demnach weibliche Dienftboten ohne Zweifel in die 14 Pf.-Klasse. Für männliche Dienftboten berechnet sich der Jahresarbeitsverdienst nach der oben angegebenen Norm auf 300 × 1,70 Mk. = 510 Mk. und gehören dieselben sonach in die zweite Lohnklasse, die bekanntlich mit wöchentlich 20 Pf. zu versichern ist.

** Vor der Strafkammer des Halle'schen Landgerichts galt es am Montag, in der Sache des 30-jährigen Dachdeckers Franz Engelhardt ger. Krippelne und des 31-jährigen Fabrikführers Wilhelm Dietrich, beide aus Merseburg, zwei Wiltbeide durch Indignenbeweis zu überführen. Die Beschuldigung gegen die Angeklagten lautete dahin, am 18. October v. J. bei Herberg in der fogen. Fasanerie dem Wld mit Schlingen nachgestellt, nämlich Rehe mit Drahtschlingen zu fangen beabsichtigt zu haben. Engelhardt räumte ein, damals an erwählter Stelle gewesen zu sein, nicht aber, jene Schlingen gestellt zu haben; seine Absicht sei nur gewesen, sich einige Schipperstiele zu holen, wodurch sich auch seine eilige Flucht beim Erscheinen des Försters Niemann erklärte. Ob Dietrich an der Fällstelle gewesen, wisse er nicht; er, Engelhardt, habe Dietrich erst auf der Flucht

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Fernträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

No. 70.

Donnerstag den 9. April.

1891.

Die Aussichten der Freisinnigen im 19. hannoverschen Wahlkreise.

Die aus dem 19. hannoverschen Wahlkreise einlaufenden Nachrichten gestalten sich von Tag zu Tag günstiger für die freisinnige Partei. Die sehr zahlreich besuchten Versammlungen, welche am vorigen Sonntag von dem Reichstagsabg. Theodor Barth in Lehe und Gremmünde abgehalten wurden, haben den glücklichsten Erfolg gehabt und der freisinnigen Organisation einen lebhaften Impuls gegeben. Insbesondere scheint es dem freisinnigen Parteiführer gelungen zu sein, einen Keil in die nationalliberale Partei zu treiben. Seine eingehende Kritik der Bismarck'schen Wirtschaftspolitik ist auf diejenigen Nationalliberalen, die mit dem Verstande politisch rational, nicht ohne tiefe Wirkung geblieben; es unterliegt deshalb auch gar keinem Zweifel, daß aus den Reihen der Nationalliberalen in den Wählergruppen dem freisinnigen Kandidaten schon im ersten Wahlgange manche Stimme zufallen wird. Die Aussichten der Sozialdemokraten werden sehr überschätzt. Trotzdem sie ebenso wie die weißliche Partei rührig sind und den Mund recht voll nehmen, ist die agitatorische Begeisterung, wie sie unter dem Druck des Sozialistengesetzes bestand, wesentlich schwächer geworden. Die Regierungsbehörden stehen dem Wahlkampf so neutral gegenüber, wie es sich nur wünschen läßt. Die Wahl wird eine völlig freie sein. So weit sich aus dem bisherigen Verlauf der Dinge ein Schluß auf das Resultat ziehen läßt, wird wahrscheinlich der freisinnige Kandidat, möglicher Weise auch der sozialdemokratische mit dem Fürsten Bismarck zur Stichwahl kommen. Doch ist auch nicht auszuschließen, daß Fürst Bismarck schon in der Hauptwahl ganz ausfällt. Jedenfalls ist das wahrscheinlicher, als daß er gleich in der Hauptwahl durchdringt. Die günstigste Chance für den Fürsten Bismarck wäre eine Stichwahl mit dem Sozialdemokraten, weil dann — wenn auch keine Freisinnigen — doch manche Nationalliberale, die in der Hauptwahl sich der Stimme enthalten oder für den Freisinnigen stimmen, für Bismarck gegen einen Sozialdemokraten eintreten würden.

Politische Uebersicht.

Ueber den Dreibund hat bekanntlich der italienische Ministerpräsident Rudini vor kurzem Erklärungen abgegeben, wonach er den Dreibund nur als Defensivallianz betrachtet. Hierüber sollte sich nach Mittheilung verschiedener Blätter Herr v. Caprivi beschwert haben. Herr v. Caprivi, so heißt es, hätte durch den Votschreiber erklären lassen, daß solche Äußerungen nur eine Schwächung des Dreibundes bewirken könnten, während es Aufgabe der Mitglieder desselben sei, denselben zu stärken. Die „N. N. Z.“ erklärt nunmehr offiziell alle diese Angaben für aus der Luft gegriffen.

Zu den Parteiveränderungen in Oesterreich meldet die Wiener „Deutsche Zeitung“, die deutsch-nationale Partei Steinwenders habe zur Kenntniß des Grafen Taaffe gebracht, sie werde gegen die Regierung eine veränderte Haltung beobachten und die Bewilligung des Budgets nicht mehr verweigern, auch den Dispositionsfonds nur mit der ausdrücklichen Motivierung verweigern, daß ein solcher Fonds überhaupt nicht gerechtfertigt sei. Auch bezüglich der Adressdebatte habe die Partei Zusicherungen ertheilt, welche die Regierung mit Befriedigung zur Kenntniß genommen habe.

Für Anerkennung der republikanischen Regierungsform in Frankreich hat sich Kardinal Lavigerie am Montag abermals ausgesprochen anlässlich der Einweihung des ersten Hauses „der benannten Brüder der Sahara“ in Wädra in Ägypten. Kardinal Lavigerie erinnerte an den Zweck der Einrichtung, die dazu dienen solle, den Brüdern den Geist der Brüsseler Konferenz, deren einziger Auftrag es wäre, die Sklaverei abzuschaffen, ohne an

Eroberung oder Hoffnung zu denken, einzuführen. Er hoffe hierbei auf die Hilfe Frankreichs und des Papstes. Der Kardinal sprach alsdann Wünsche zu Gunsten der Union der Katholiken und der Franzosen auf konstitutionellem Boden aus, als das einzige Mittel, um Frankreich die Herrschaft der Gerechtigkeit und der wahren Freiheit zu sichern. Indem er so spreche, sei er nur das Echo der Lehre des Papstes. Eine neue Verschwörung gegen das Leben des russischen Kaisers ist nach dem „Daily Telegraph“ von der Petersburger Polizei entdeckt worden.

Zu dem Attentat in Sofia läßt sich nunmehr auch eine Petersburger Zuschrift der offiziellen Wiener „Politischen Corresp.“ vernehmen. Dieselbe versichert, daß die russische Regierung nicht daran denke, die bulgarische Frage wegen des Attentats auf Delschov auf die diplomatische Tagesordnung zu setzen. Das Interesse Russlands an einer baldigen definitiven Lösung der bulgarischen Frage sei keineswegs so groß, um neuerdings die Gefahren einer internationalen Verwicklung heraufzubeschwören. Ebenso unbegründet sei die Ansicht, daß Russland anlässlich des heute erlöschenden Termins für die Befestigung eines bulgarischen Fürsten zum Generalgouverneur von Strumelien diplomatische Schritte unternehmen werde. Russland werde sich darauf beschränken, allem, was mit der Regierung des Prinzen Ferdinands zusammenhängt, ihre Anerkennung zu verweigern. — Diese Versicherungen klingen zwar sehr beruhigend, aber es fragt sich inwieweit dieselben der Ausfluß der Eitelkeit sind, daß der Versuch, die bulgarische Frage aus Neu aufzurollen, gegenwärtig wenig Gegenliebe bei den anderen Mächten finden würde. — Inzwischen wollen Wiener Meldungen wissen, daß eine Spur der Attentäter entdeckt sei. Dieselben sollen aus Rußland durch Serbien nach

Deutschland.

Berlin, 8. April. Der Kaiser wird heute Nachmittag 1/2 1 Uhr Kiel wieder verlassen und mittelst Sonderzuges etwa um 6 Uhr abends in Berlin eintreffen. — Die Kaiserin begab sich Montag Nachmittag zu Wagen nach dem Cultusministerium und verweilte daselbst längere Zeit in dem unter dem Schutze Ihrer Majestät eingerichteten Bazar, welcher den nothleidenden Handweben Schlesiens einen gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse erschließen und zugleich den Hausindustrie Erzeugnissen der Zweigvereine des Vaterländischen Frauenvereins einen erweiterten Markt verschaffen soll. Später wohnte die Kaiserin einer Delegirtenversammlung des Vaterländischen Frauenvereins in der Kriegsakademie bei. Gestern Vormittag 11 Uhr fand im Saale der Singakademie eine Hauptversammlung des Vaterländischen Frauenvereins statt, welcher die Kaiserin von Anfang bis zum Schluß bewohnte. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, ertheilte Ihre Maj. Audienzen und empfing mehrere Besuche.

— (Der Besuch des Jaren in Berlin) wird nach einer Berliner Meldung des „Hamb. Corresp.“ nach Gerüchten „in höheren Kreisen“ im August erwartet.

— (Dementi.) Die „Post“ kann in Bezug auf die Gerüchte wegen Erschütterung der Stellung des Staatssekretärs Admirals Holman so viel feststellen, daß der Benannte seinen Abschied nicht eingereicht hat und allem Anschein auch garnicht daran denkt, das zu thun.

— (Die Gerüchte über eine beunruhigende Gestaltung der auswärtigen Lage) entbehren nach der Auffassung unterrichteter Kreise jeder thatsächlichen Unterlage.

— (Handelsvertrag mit Belgien.) Der Reichsanzeiger hat kürzlich mitgeteilt, daß Belgien zum Abschluss eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland bereit sei. Wie jetzt aus Brüssel gemeldet wird, sollten schon im Laufe dieser Woche die belgischen Bevollmächtigten zu diesem Zwecke hier eintreffen.

— (Von Fürsten Bismarck.) Etwas voreilig erklären nationalliberale Blätter die Wahl des Fürsten Bismarck für gesichert. Nach der „Nationalliberalen Correspondenz“ hat Fürst Bismarck Güssen gegenüber bei der Geburtstagsfeier in Friedrichsruh seine Annehmlichkeit erklärt, eine auf ihn fallende Wahl anzunehmen, doch würde er voraussichtlich nur bei besonderen Gelegenheiten, z. B. bei der Verhandlung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages, im Reichstage anwesend zu sein vermögen.

— (Zur Befestigung Helgolands) schreibt der „Hamb. Corresp.“, es dürften bei der Wichtigkeit der Frage, inwieweit die Insel für die Sicherung der Jade, Weser und Emsmündungen und des Reichsflottenhafens Wilhelmshaven dienstbar gemacht werden könne, noch längere Zeit in Anspruch nehmende eingehende Erwägungen stattfinden. Auch bezüglich der Dauerhaftigkeit des Festgrundes der Insel würden voraussichtlich an Ort und Stelle nach Eintritt der günstigeren Jahreszeit auf neue sorgfältige Untersuchungen vorgenommen werden, so daß endgültige Entschlüsse über die Verwerthung der Insel vielleicht erst nach Jahresfrist möglich sein würden. Jedenfalls halte man gegenwärtig an maßgebender Stelle noch an der f. Z. in der Begründung der Reichstagsvorlage über Helgoland gemachten Ankündigung fest, daß zum Schutze der Insel gegen einen feindlichen Handreich Maßnahmen zu treffen seien, welche mit der Anlage einer Batterie nicht beendigt sein werden. Selbst wenn auf die Anlage eines eigentlichen Kriegshafens auf Helgoland verzichtet werden sollte, so würde doch die Verwerthung der Insel für den Kriegszweck und Kriegssignaldienst schon allein umfangreiche Vorrichtungen bedingen, als vorläufig in Aussicht genommen worden sind.



Zu dem Aufstande der Eingeborenen in Indien meldet ein in London eingegangenes offizielles Telegramm, es seien bei dem Angriff des Stammes der Miranai's auf die englischen Posten von einem Regiment Eingeborener 9 Mann getödtet und 4 verwundet worden. Wie verlautet, seien noch mehrere andere Stämme im Aufstand begriffen.